

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint wöchentlich am 2. Juli 1936, monatlich 22 Mal, bei Vorbestellung im Voraus. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Postfach 206. Die Redaktion ist für den Inhalt des Blattes nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt des Blattes nicht verantwortlich.



Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rostitz sowie des Forstrentamts Charandt.

Nr. 152 — 95. Jahrgang Trahtschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 2. Juli 1936

Der neue Ausbruch.

Zur Jahrestagung des Reichsparteitages Weimar.

Vor der Feldherrnhalle war am 9. November 1923 der erste Ausbruch der deutschen Revolution gegen die Novemberverfassung und Versailles in Verrat und Feigheit zusammengebrochen. Der Führer und seine besten Kämpfer waren vom Volksgerichtshof München verurteilt worden und saßen auf der Festung Landsberg. Zerschlagen schien die deutsche Bewegung, die die Fackel der Freiheit entzündet und vorwärtsgetragen hatte, bis die Schiffe auf dem Ozeanplay sie verlockt zu haben schienen. Ungelegene Führer, nur vom Ehrgeiz befeuert, zerstückten die Gruppen hier und da im Lande. Ganz von vorn mußte angefangen werden, als der Führer an jenem Dezembertage kurz vor dem Weihnachtstage 1924 die Festungszelle am See verließ. In zäher Kleinarbeit mußten die Reste der Partei gesammelt, geläutert und zu neuem Einsatz vorbereitet werden. Der Appell von Weimar in den ersten Julitagen des Jahres 1926 sah die deutsche Freiheitsbewegung nach ihrer Um- und Reorganisation zum erstenmal wieder im politischen Wilsdruff. Den Anhängern neue Kraft und neuen Glauben für den opferreichen, langwierigen Kampf zu geben und den Segnern zu zeigen, daß die Schiffe des 9. November 1923 den deutschen Ausbruch nicht hatten erlösen können — das war der Sinn des ersten Reichsparteitages Weimar im Jahre 1926.

In Weimar hielt der Führer den ersten Appell vor seinen Getreuen ab, der von neuem das Ringen um das Reich eröffnete. In jener Stadt, in der sieben Jahre zuvor die „freie Republik der Welt“ ausgerufen worden war. Im Nationaltheater, auf dessen Vorplatz Reichsplatz genannt, der beiden deutschen Diktatoren steht, hatte man den Geist von Weimar zitiert und hätte nicht, wie man es den diesen Geist mit Füßen trat, wenn man die lügenhafte Phrase mit lautem Wortschwall verstand: „Das Volk ist frei! Das deutsche Volk regiert in alle Zukunft sich selbst.“ Die Hohlheit dieses Tages wird am deutlichsten, wenn man die Erinnerung an jene Jahre des Zusammenbruchs herausbeschwört. Vaterlandslose Gesellen, arbeitslose Herden und arbeitslose Phantasten, umgeben von vorkommenden Ideologen, bederrichteten das angeblich freie Volk, das sich selbst regieren sollte. Verweirte und mangelnde Massen gaben die Kräfte zu diesem volksverderblichen Treiben. Während man in der Nationalversammlung die Verfassung in endlosen Debatten formuliert, in deren Eingangsworten es heißt: „Das deutsche Volk ist von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu beschützen...“, brandete vor den Toren des Nationaltheaters der Rabulistik der Unabhängigen und der Spartaisten. Wo war das Reich der Freiheit und Gerechtigkeit?

Gegen diesen falschen Geist von Weimar marschierte Adolf Hitlers Bewegung auf dem ersten Reichsparteitag in der Goethestadt Weimar am 4. Juli 1926. Aus allen Teilen des Reiches waren die kleinen Truppen der Parteigenossen herbeigezogen auf den Appell des Führers. Nicht mit unzähligen Sonderzügen, sondern mit „organisierten“ Lastkraftwagen, mit dem Fahrrad oder zu Fuß. Wochenlang hatten die Männer geparkt, Groschen um Groschen beiseitegelegt. Tagelang waren sie marschiert durch sommerliche Hitze, hatten willig alle Strapazen und Mühen auf sich genommen, um an dem großen Appell teilnehmen zu können. Hatten auch den Schikanen getrotzt, die ihnen sozialdemokratische Oberpräsidenten bereitet, kamen in „Münderjubil“ weil man ihnen das Tragen des Braunhemdes verbot. Und dann sind sie alle zur Stelle bei dem großen Appell im Nationaltheater, wo der Führer die Lösung für den Kampf ausgab und mit der Blutfahne acht neue Standarten wehte. Bei dem folgenden Reichsdelegiertenkongress proklamiert der Führer die neuen Parolen, spricht in einer grundsätzlichen Rede über „Politik, Idee und Organisation“. „In allen Zeiten waren die Träger einer Idee in der Minderheit. Die gläubigen Träger der Idee aber müssen Form und Charakter einer Weltanschauung, einer neuen Glaubensmission, einer fanatischen Hingabe, die größer ist als das Beharrungsvermögen der anderen, vertreten, führen und erfüllen... In einem neuen Symbol der Vermählung des Nationalismus und Sozialismus muß für uns die Zukunft liegen, die rassistischen und staatlichen Grundlagen des kommenden Reiches.“

Am Nachmittag marschieren die Sturmkolonnen mit ihren Standarten und Fahnen durch die Straßen der Goethestadt. Zehntausend Männer — ein kleiner Haufe gegenüber den Massen des Segners und den Kiesenformationen der späteren Parteitage, eine Minderheit, aber darum Träger einer Idee, Ruf der Reiches in seiner dunkelsten Zeit, Garanten einer größeren Zukunft.

Deutschland blickt auf! Nun war es nicht mehr möglich, den Nationalsozialismus totzuschweigen. Woche nach die jubelnde Presse eine Flut von Lüge und Bege über die Bewegung angießen, mochten hoch und Spott und acinghöyiges Mitleid der Idee Adolf Hitlers

Ministerreden in Genf.

Leon Blum sprach viel vom Krieg und wenig von den Mitteln, ihn zu verhüten.

Nach der stürmischen Völkerbundsitzung am Dienstag, hervorgerufen durch die Rede des Regus, eröffnete der Präsident, der Belgier van Zeeland, die Witterung mit einer scharfen Warnung vor weiteren Ruhestörungen und drohte, andernfalls scharfe Maßnahmen zu ergreifen.

Es sprach dann der Vertreter Kolumbien, der sich bedingungslos zu den Grundsätzen des Völkerbundes bekannte, die, wie er sagte, gerettet werden müßten.

Dann hielt der französische Ministerpräsident Blum die seit Tagen angekündigte Rede. Blum sprach sichtlich für die Welt und seine Politik. Er wandte sich gegen die Auffassung, daß Frankreich womöglich zu einer Nacht zweiten Ranges abgleite, was man behauptet mit einem Blick auf die Arbeiterbewegung in Frankreich und mit dem Blick auf die internationale Kritik.

Wenn man behauptet, daß Frankreich am Beginn eines Bürgerkrieges stehe, so schätze man die innerpolitische Entwicklung völlig falsch ein.

Im Zusammenhang mit dem 7. März (der Wiederbelegung der Rheinlande durch deutsche Truppen) habe man von Frankreich eine militärische Antwort erwartet. Frankreich habe sich, statt zu mobilisieren, an die Garantemächte und an den Völkerbund gewandt. Wenn Frankreich zu den Waffen des Rechts zurückgegriffen habe, so sei das kein Zeichen der Schwäche. Frankreichs Boden sei unberührt geblieben. Niemand dürfe sich jedoch täuschen, daß Frankreich zu allem bereit sei, wenn Frankreichs Grenzen angegriffen würden, oder wenn Grenzen von den Staaten angegriffen würden, denen Frankreich Sicherheit versprochen habe. Frankreich wolle unbedingt den Frieden, und zwar den Frieden mit allen. Frankreich trete für den unteilbaren Frieden in Europa und in der Welt ein. Augenblicklich sehe man aber keine Welt im Frieden. 1914 habe man die Katastrophe der ewigen Angst vorgezogen. Frankreich verteidige heute mit allen Mitteln die internationale Organisation und die internationale Gemeinschaft im Interesse des Friedens. Frankreich habe die Absicht, mit allen Mitteln einen Krieg zu verhüten. Dafür komme nur die Anwendung des Vorgesetzten in Betracht, und wenn der Pakt zeitweilig bei seiner Anwendung Schwierigkeiten bereite, so sei das nicht die Schuld des Paktes. Es sei deshalb nicht eine Wälderung, sondern eine Verhärtung der Völkerbundsatzungen nötig.

Leon Blum glaubte dann aus den Erfahrungen mit dem Genfer Protokoll von 1924, das gescheitert ist, aus der Einberufung der Abrüstungskonferenz im Jahre 1932, die nichts geleistet hat, und aus der Erklärung gegen den Angreifer vom Oktober 1935, die der Völkerbund jetzt aufheben will, die Folgerungen ziehen zu können, daß man besonderes Vertrauen zur internationalen Organisation des Völkerbundes haben könne. Aus den bisherigen Gesprächen habe er eine genaue Übereinstimmung, wie Leon Blum ausdrücklich betonte, mit den „meisten der Mächte“ festgestellt, mit denen Frankreich durch Pakteverbände verbunden sei.

Leon Blum beschäftigte sich weiter mit der Abrüstungsfrage und wandte sich gegen ein unerlöses Wettlaufen.

Heute, wo man die Möglichkeit eines Krieges hinnehme, müsse man alles tun, um den Frieden zu retten. Deshalb müsse man die Kollektivsicherheit mit der Abrüstung verbinden und müsse statt des Wettlaufens ein Wettabrücken zustande bringen. Man müsse

entgegengebracht werden, es ließ sich nicht leugnen, daß die Fahne des Reiches von neuem entrollt war mit dem Sieg erfochten war. Das war sieben Jahre nach der Nationalversammlung, in der man sich bemüht hatte, den begangenen Verrat zu beseitigen, und wiederum sieben Jahre später wehte das Hakenkreuzbanner über dem neuen Reich. Erfüllt hatte sich das Wort des Führers, das er in der Verteidigungsrede vor dem Volksgerichtshof 1924 — die eine Anklage gegen das System und den falschen Geist von Weimar gewesen war — gesagt hatte: „Die Armee, die wir herangebildet haben, wächst von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde schneller. Ich habe die stolze Hoffnung, daß einmal die Stunde kommt, daß diese wilden Scharen zu Bataillonen, die Bataillone zu Regimentern, die Regimente zu Divisionen werden und die alten Fahnen wieder voranklammern.“ Dieses Wort, gesprochen in der Stunde des Scheiterns, fand seine erste Verwirklichung auf dem Reichsparteitag Weimar 1926, um sieben Jahre später seine machtvolle Erfüllung zu finden.

mit der Möglichkeit des Krieges rechnen, um den Frieden zu retten. Die Lösung des Völkerbundes lege diese Möglichkeit allen Mächten ohne Unterschied auf.

Die Kollektivsicherheit sei die Bedingung dafür, daß man mit friedlichen Mitteln die Sanktionen durchführen könne.

Leon Blum kam schließlich noch kurz auf Deutschland zu sprechen und betonte, daß Deutschland durch eine Antwort zur Organisation des Friedens beitragen werde.

Vielleicht sei seine Rede von einem übertriebenen Idealismus getragen, aber dieser sei zur Hebung der Gefahr notwendig. Er könne nicht glauben, daß irgendeine Nation sich der Probe, die für den Frieden sei, entziehen werde. Man müsse erreichen, daß die Völker beruhigt schlafen können.

Anschließend sprach sich der Vertreter Panamas im Sinne des kolumbianischen Delegierten aus.

Die Neutralen fordern Völkerbundsreform.

Die Vertreter von Dänemark, Spanien, Finnland, Norwegen, der Niederlande, Schweden und der Schweiz im Völkerbund haben in einer Erklärung zur Frage der Völkerbundsreform Stellung genommen. Sie werfen die Frage auf, ob die Sicherheitsbestimmungen noch ausreichen, und verweisen auf das Scheitern aller Abrüstungsbestimmungen. Sie fordern Reform des Völkerbundes, verweisen aber gleichzeitig auf die Schwierigkeiten.

Südafrika für die Sanktionen.

Der südafrikanische Delegierte Le Water machte in einer sehr formal gehaltenen Rede die Völkerbundsversammlung darauf aufmerksam, daß fünfzig Nationen unter Führung von drei Großmächten suchen dabei seien, einen Schritt zu tun, der den Völkerbund erheblich zu gefährden geeignet sei und den Völkerbund auf absehbare Zeit diskreditieren würde. Seine Regierung sei jedenfalls nicht bereit, irgendeine Erklärung dieser Art zu unterschreiben. Er habe vielmehr den Antrag, mitzuteilen, daß seine Regierung nach wie vor bereit sei, die im Oktober festgelegten Maßnahmen, also die Sanktionen, durchzuführen, und zwar weil nur dadurch der Völkerbund gerettet werden könnte.

Eben: Keine Sanktionen, aber auch keine Anerkennung der Annexion.

Nach dem Vertreter Kanadas, der für die Aufhebung der Sanktionen sprach, gab der englische Außenminister Eden die erste offizielle Erklärung in dieser Verhandlung des Völkerbundes ab über die Aufhebung der Sanktionen. Es liege im Interesse des Völkerbundes, über die Angelegenheit offen zu sprechen. Eden fuhr fort: Wir sind jetzt alle davon überzeugt, daß die von uns getroffenen Maßnahmen das von uns gesteckte Ziel nicht erreicht haben. Es ist nicht so, daß die Maßnahmen selbst ohne Erfolg gewesen wären, aber die Bedingungen, unter denen wir zu arbeiten erwarteten, haben sich nicht eingestellt.

Der Verlauf der militärischen Ereignisse und die besondere Lage in Abessinien haben uns zu einem Punkt gebracht, an welchem die Sanktionen nicht mehr den Gang der Ereignisse in Abessinien ändern können.

Wenn die englische Regierung irgendeinen Anlaß hätte, anzunehmen, daß die Aufrechterhaltung der Sanktionen oder daß die Verschärfung der wirtschaftlichen Maßnahmen die ursprüngliche Lage in Abessinien wiederherstellen würden, dann würden wir unsererseits eine solche Politik betreiben. Angesichts der tatsächlichen Lage in Abessinien hält es aber die englische Regierung für unmöglich, dergleichen zu unternehmen. Nach unserer Ansicht könnte nur noch eine militärische Aktion dieses Ziel erreichen. Ich glaube nicht, daß unter der gegenwärtigen Lage in der Welt solche militärische Aktion als möglich angesehen werden kann. Unter diesem Gesichtspunkt kann ich nur wiederholen, und zwar mit nochmaliger Betonung die Meinung wiederholen, die ich bereits im Namen der englischen Regierung ausgesprochen habe, nämlich, daß unter den bestehenden Umständen die Fortsetzung der Sanktionen keinen Erfolg haben kann.

Gleichzeitig ist es die Ansicht der englischen Regierung, daß diese Versammlung nicht in irgendeiner Weise die Eroberung Abessiniens durch Italien anerkennen kann.